

Deutschland – aber normal

Unser Programm für ein Deutschland, in dem nicht mehr der Ausnahmezustand, sondern Normalität herrscht!

Am 26.09.2021 wird ein neuer Bundestag gewählt. Üblicherweise beschließen die Parteien dafür ein Wahlprogramm. Dabei ist die Entstehungsgeschichte bei den verschiedenen Parteien unterschiedlich. In einigen stammen sie im ersten Schritt aus der Feder von wenigen der Parteiführung nahestehenden Apparatschiks und werden im zweiten Schritt vom Bundesvorstand abgeknickt. In anderen Parteien ist der erste Schritt der gleiche, allerdings stimmt ein Parteitag das Programm ab. In der AfD werden die einzelnen Teile des Wahlprogramms von Experten in den jeweiligen Landes- und Bundesfachausschüssen erarbeitet und dann in einem Leitantrag zur Bearbeitung und Verabschiedung vorgestellt. Auch in diesem Jahr beschloss der Parteitag wieder, teilweise gravierende, Änderungen am Leitantrag, beispielsweise die Forderung, eine neue Wirtschafts- und Interessenvertretung zu gründen und aus der EU auszutreten, da diese aus unserer Sicht nicht mehr reformierbar ist.

Leider interessieren sich immer weniger Menschen für die Wahlprogramme der einzelnen Parteien. Gründe sind erstens das Misstrauen der Menschen, dass das, was in den Programmen gefordert wird, dann wirklich umgesetzt wird und zweitens sind die Programme für gewöhnlich sehr umfang-

reich. Zu erstens gab unsere Gottkanzlerin dies auch am 25. Februar 2008 unumwunden zu, als sie sagte:

„Man kann sich nicht darauf verlassen, daß das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt. Und wir müssen damit rechnen, daß das in verschiedenen Weisen sich wiederholen kann.“ In den 16 Jahren ihrer Kanzlerschaft hat sie diesem Zitat so oft entsprochen und entgegen des eigentlichen Programms Entscheidungen getroffen, dass auf dem Programm der CDU eigentlich folgendes stehen sollte: Dieses Programm ist nur ein heuchlerischer Versuch, Sie davon zu überzeugen, uns Ihre Stimme zu geben. Wir weisen darauf hin, dass wir uns an dieses Programm nicht halten werden, weder der Kanzler, noch wir als Partei!

Das Programm der CDU war in den letzten 16 Jahren nicht das Papier wert, auf das es gedruckt wurde und wird es auch dieses Jahr nicht sein. Die CDU betreibt, wie auch alle anderen Blockparteien von SPD und Grüne über die Linke, bis zur FDP, in der Zwischenzeit eine Politik, die den Umbau unserer einst konservativen Gesellschaft hin zu einer neosozialistischen Gesellschaft mit allen negativen Begleiterscheinungen zum Ziel hat.

Die einzige Partei, die im konservativen Sinne unsere Werte erhalten und unsere Gesellschaft positiv entwickeln will, ist die AfD. In dieser und der nächsten Ausgabe



unserer Blauen Post wollen wir Ihnen ausgewählte Punkte näher bringen. Allerdings empfehlen wir Ihnen natürlich, unser gesamtes Programm zu lesen oder sich bei einer der zahlreichen Veranstaltungen, die ich im Wahlkreis durchführe, über unser Wahlprogramm zu informieren.

Alle Veranstaltungstermine für August und September finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Wir sehen uns!

Karsten Hilde, MdB

NICHT INS ALTPAPIER!
Nach dem Lesen weitergeben.



Tino Chrupalla

Karsten Hilde

Jörg Urban

Henry Nitzsche



Kundgebung - Bautzen - Kornmarkt - 25.08. - 19:00 Uhr

Was wäre, wenn...?



Was wäre, wenn die AfD bei der nächsten Bundestagswahl entgegen aller Prognosen und Vorhersagen stärkste Kraft würde, sich in den konservativen Parteien die Vernünftigen durchsetzten und eine AfD-geführte Bundesregierung das Ruder übernehme? Wie würde sich Deutschland verändern, wenn diese Bundesregierung die Forderungen der AfD aus dem Bundestagswahlprogramm, z. Bsp. bei der Energiepolitik

umsetzte?

In einem fiktiven Interview im Jahre 2037 erläutert Karsten Hilse als „Ehemaliger Leiter der Arbeitsgruppe Energiesicherheit der Bundesregierung“, wie die AfD-geführte Bundesregierung in den „zurückliegenden 16 Jahren“ die Energiepolitik drastisch veränderte. Mit den vollführten Maßnahmen stellte sie die Versorgungssicherheit wieder her. Deutschland wurde durch kostengün-

stigen Strom wieder zu seiner alten wirtschaftlichen Stärke zurückgeführt. Riesige Flächen, die vorher durch Windindustrieanlagen, großflächige Solarindustrieregionen und Monokulturen belastet waren, wurden wieder renaturiert oder zu wertvollen Ackerflächen für die Nahrungsproduktion zurückgewonnen. Bis 2050 wird Deutschland durch die Eigenproduktion von verschiedenen Treib- und Betriebsstoffen unter Nutzung der hohen Temperaturen von Flüssigbrennstoffreaktoren komplett unabhängig von Energierohstoffimporten sein. Das fiktive Interview ist auch eine Antwort auf all diejenigen, die der AfD vorwerfen, immer nur „dagegen“ zu sein und keine eigenen Konzepte zu haben. Ein paar Seitenhiebe in Richtung Altparteien, die mit einem Augenzwinkern zu sehen sind, konnte sich der Produzent (Karsten Hilse) nicht verkneifen.

Genießen Sie den Blick in eine positive Zukunft Deutschlands unter:

https://www.youtube.com/watch?v=8Ygw3DKZx_g oder

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker>

Karsten Hilse, MdB

AfD hat das beste Rentenkonzept!



Wir wissen schon längst: die Rente ist nicht sicher. Altersarmut, eine Rentenlücke, die auch durch private Vorsorge nicht geschlossen werden kann, sind schon längst Alltag. Die Diskussion um

das Renteneintrittsalter flammte erst unlängst wieder auf. Dabei sind die deutschen Renten keineswegs üppig - das deutsche Rentenniveau gehört zu den niedrigsten in Europa. Auch beim gesetzlichen Eintrittsalter zur Rente liegen andere Länder vor uns. Dürfen die Deutschen mit 65 in die Rente, liegt es z.B. in Tschechien bei 62, in Italien, Österreich, Polen bei 62,5 Jahren. Franzosen können sich schon mit 60 auf den Ruhestand freuen.

Der ungerechten und entwürdigenden Rentenpolitik der letzten Jahre setzt die AfD nun ihr umfassendes Rentenkonzept entgegen, das sowohl der demographischen Entwicklung als auch dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit Rechnung trägt. Auf wesentliche Punkte möchte ich hier kurz eingehen. Wer – auch bei geringerem Einkommen - lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte bessergestellt werden als diejenigen, welche weniger eingezahlt haben. **Altersarmut** wollen wir verhindern, indem

25% der Altersrente nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Die derzeitige Praxis, wonach Berufspolitiker bereits nach wenigen Jahren hohe Pensionsansprüche erwerben, ist ungerecht. Wir treten für die **Abschaffung der Politikerpensionen** ein. Politiker sollen – wie andere Arbeitnehmer auch – ihre Beiträge in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen. Von den Leistungen der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder profitiert die ganze Gesellschaft. In der Altersversorgung kommen die späteren Leistungen dieser Kinder allen Rentnern zugute, auch den Kinderlosen. Durch Erstattung von Rentenbeiträgen in Höhe von 20.000 Euro für jedes Kind, schaffen wir **Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen**. Viele Rentner zahlen seit 2005 Steuern auf ihre Renten. Diese **Doppelbesteuerung** ist eine weitere Ungerechtigkeit der derzeitigen Gesetzgebung, die es durch steuerpolitische Maßnahmen wie die Anhebung des Steuerfreibetrages zu beseitigen gilt. Beamte bilden das Rückgrat der deutschen Verwaltung. Bei deren Altersversorgung gilt die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Hierin liegt ein Grund für hohe Loyalität der Beamten und letztendlich ein stabiles Staatswesen. Daher möchte die AfD diese Altersversorgung beibehalten. Die **Verbeamtung** jedoch wollen wir strikt **auf ursprünglich hoheitliche Aufgaben** wie Sicherheit und Justiz - **begrenzen**.

Jörg Urban, MdB

Spendenkonto:

Alternative für
Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband
Bautzen Spende

Impressum:



Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilse
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda

Weg mit den Zwangsgebühren!

Die einzige Partei, die deutschlandweit mit aller Konsequenz dafür eintritt, dass die Rundfunk-Zwangsgebühren abgeschafft werden, ist die AfD. ARD-Chef Tom Buhrow greift im Jahr 399.000 Euro Gehalt ab. Seine sächsische MDR-Kollegin, Intendantin Karola Wille, gönnt sich 275.000 Euro. Laut Spiegel erhalten Redakteure beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk bis zu 9.908 Euro im Monat.

Die sächsische CDU sollte sich schämen, diesen exorbitanten Gehältern mit einer neuerlichen Gebührenerhöhung zuzustimmen. Sie hätten sich ein Beispiel an den Kollegen in Sachsen-Anhalt nehmen können. Die haben abgelehnt. Die Sachsen-CDU nicht. Die AfD ist die tatsächlich letzte verbliebene Oppositionspartei im deutschen Allparteienkartell. Die GEZ-Debatte beweist das erneut.

Um die Meinungsfreiheit ist es 30 Jahre nach dem Mauerfall dank dem zwangsfinanzierten Staatsfunk ebenfalls schlecht bestellt. Sehr schlecht. Die sächsische Presse gehört zu großen Teilen der SPD – und das merkt man auch. Die AfD, als einzige wahre Oppositionspartei, wird verschwiegen oder als rechtsextrem verunglimpft. In Sachsen ist es inzwischen schon so weit, dass die MDR-Intendantin mit auf der Regierungsbank sitzt. Sie lässt sich vor den ideologischen Karren der Nationalen Front von CDU, SPD und Grünen spannen. Frau Wille saß im Innenministerium direkt neben CDU-Innenminister Wöller und der grünen Justizministerin Meier. Sie erinnern sich: Ministerin Meier, die Frau, die einst Bullen brennen sehen wollte. Eine unheilige Allianz! Sie schadet Sachsen massiv! Die Intendantin hat mit der Regierung öffentlich darüber beraten, wie die Meinungsfreiheit in Mitteldeutschland noch weiter eingeschränkt werden kann. Alles was diesen Damen und Herren ideologisch nicht passt, wird als „Hass und Hetze“ verunglimpft! Die DDR 2.0 lässt grüßen!

Fazit: Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist überholt, es lässt sich nicht reformieren. Die Rundfunkstaatsverträge sind deshalb in jedem Bundesland zu kündigen, um eine grundlegende Reform zu ermöglichen.

Am Ende soll es einen reduzierten Rundfunk geben, der etwa ein Zehntel des bisherigen Umfangs hat. Dieser ‚Grundfunk‘ hat dann die Aufgabe, Bürger flächendeckend mit Information, Kultur und Bildung zu versorgen. Wichtig bleiben regionale Inhalte – ein schlanker ‚Heimatsender‘ aus der Region.



Andreas Harlaß
Direktkandidat für den Bundestag DresdenII/BautzenII

Staatsregierung befiehlt – Landkreis Bautzen muss zahlen

So jedenfalls lesen sich Antworten der Staatsregierung auf zwei meiner Kleinen Anfragen (Drs 7/ 6756 und 7/ 6757) zum Teilschulnetzplan. Darüber hinaus werden keine Neubauten geplant.

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen, kommentiert:

„Kultusminister Piwarz macht es sich sehr leicht, indem er einfach seinen Teilschulnetzplan den Landkreisen aufdrückt und diese auch die Kosten dafür tragen müssen.

Der Landkreis Bautzen bleibt, meiner Meinung nach, der Verlierer des Teilschulnetzplanes für Berufsschulen. Die Staatsregierung schadet wissentlich dem ländlichen Raum, weil die Ausbildungsangebote um 20% reduziert werden und die Schulträger auch noch die Kosten für Umbaumaßnahmen tragen müssen.

Viel Geld wurde investiert, um den jetzigen Stand der Ausbildungsklassen zu erreichen. Trotzdem reduziert sich zukünftig im Landkreis Bautzen die Anzahl der beschulten Berufe von 76 auf 59.

Die negative Antwort aus Dresden, ob es finanzielle Unterstützung für die Landkreise bei baulichen Maßnahmen gibt, zeigt einmal mehr, dass die Staatsregierung mit aller Macht ihre Interessen durchsetzt.

Unabhängig von der finanziellen Benachteiligung für den Landkreis Bautzen, kann das Argument der sinkenden Schülerzahlen kein Grund sein, dass Bautzen über 17 Ausbildungsberufe verliert.

Von 37 DAZ-Klassen in Sachsen, haben 28 Vorbereitungsklassen eine Ausnahmegenehmigung der Staatsregierung erhalten, weil sie die Mindestanzahl von 16 Schülern nicht erreicht haben.

Über 75 Prozent aller DAZ Klassen erhalten eine Sonderbehandlung!

Warum ist das nicht für das BSZ Bautzen möglich? Es wäre auf jeden Fall die richtige Option gewesen, damit die Ausbildungsvielfalt in Bautzen erhalten bleibt und junge Menschen hier in der Region ihre Ausbildung absolvieren können.“

Frank Peschel, MdL

Unser Bundestagskandidat Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort

Termine Bürgerfragestunde

Ort: Radeberg, Dresdner Straße 7

- Samstag, 07. August 2021, 14 Uhr bis 15 Uhr
- Samstag, 21. August 2021, 13 Uhr bis 15 Uhr
- Samstag, 28. August 2021, 13 Uhr bis 14 Uhr

Herr Prade war viele Jahre Unternehmer, ist Zertifizierter Sachverständiger, schreibt Bücher und arbeitet seit 2017 als Büroleiter im Deutschen Bundestag. Er ist Listenkandidat für die Bundestagswahl am 26. September 2021 im Wahlkreis Dresden II - Bautzen II, WK 160.

Schauen Sie doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Sie und Ihre Fragen.

Dipl. Ing.
Holger Prade



WENN DU SELBST ES ÄNDERST!



Energiepolitik der AfD

„Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft („Die Große Transformation“ / „The Great Reset“) bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigenderen Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau ab.“

Grundlage für diese Energiepolitik, die faktisch eine, wie in sozialistischen Staaten praktizierte, Planwirtschaft darstellt, ist die Hypothese, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen die derzeitigen Klimaschwankungen maßgeblich beeinflussen, für die es aber nach wie vor keinen einzigen wissenschaftlichen Beweis gibt. Die einzigen „Beweise“ stammen aus Computermodellen, die nicht einmal in der Lage sind, die bekannte Vergangenheit richtig zu berechnen. Sie sind nicht in der Lage, das mittelalterliche und das römische Klimaoptimum richtig zu errechnen. Die Daten aus Eis- und Sedi-

mentbohrkernen allerdings beweisen, dass der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre noch nie in der Erdgeschichte die natürlichen Klimaschwankungen maßgeblich beeinflusste. Letztendlich ist die gesamte Klimapolitik eine große Geldumverteilungsmaschinerie von unten nach oben, um die Menschen noch hemmungsloser auszuplündern und ein Vehikel zur Etablierung einer neuen, dann dritten sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden mit allen seinen negativen Begleitumständen, Freiheitseinschränkungen, Planwirtschaft, Verarmung und massive Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die AfD fordert das Erneuerbare Energien Gesetz ersatzlos zu streichen, den Kohleausstieg wieder rückgängig zu machen, jegliche CO₂-Steuern und -Bepreisungen zu unterlassen. Für eine sichere Versorgung Deutschlands mit Strom wollen wir perspektivisch auch wieder, so wie weltweit praktiziert, Kernenergie als eine der sichersten, preiswertesten und am wenigsten flächenverbrauchende Stromer-

zeugungsform nutzen. Vor allem wollen wir die Forschung in moderne Kernkrafttechnologien, vor allem in Kernreaktoren der Generationen 3+ und 4 intensivieren. Sogenannte erneuerbare Energien, wie Windindustrieanlagen, großflächige Solarindustrieanlagen und Energiepflanzen wollen wir stattdessen nicht mehr fördern. Sie zerstören nachhaltig unsere Natur und Umwelt, sind Todesfallen für Vögel, Fledermäuse und Insekten und zerstören unsere Kulturlandschaften. Windindustrieanlagen wirken sich schädlich auf die Gesundheit der Menschen aus, die in der Nähe solcher Anlagen wohnen.

Wir wollen statt einer ideologiebetriebenen Energiewendepolitik eine Politik der Vernunft, die den Menschen und der Industrie bedarfsgerechten, bezahlbaren und sauberen Strom zur Verfügung stellt, zum Wohle der Menschen und der Umwelt.

Karsten Hilse, MdB

Afghanistan und andere Katastrophen

Nun sind sie also raus aus dem Hindukusch: Die westlichen Demokratiebringer aus Anglo-Amerika und ihre NATO-Verbündeten haben nach 20 Jahren „Friedensmission“ Afghanistan im Juni dieses Jahres das Land klammheimlich verlassen. Auch die letzten 264 deutschen Freiwilligen wurden nach Hause geholt und niemand der Befehlshaber stand an den Flughäfen bereit, um die tapferen Verteidiger der Demokratie, westlicher Freiheit und afghanischer Frauenrechte mit Blumen, Winkelementen oder Konfetti in Empfang zu nehmen.

Hierzulande greinen Oppositionelle, dass es doch eine Schande sei, dass die kriegsfreiwilligen Söldner der deutschen NATO-Streitkräfte zu ihrer Rückkehr aus dem fernen Osten nicht mit Beifall und in Ehren empfangen worden seien. Schließlich seien 59 Tote und hunderte Verletzte unserer Streitkräfte aus diesem „Befriedungskampf“ hervorgegangen! (Nebenbei sind auch noch über 12 Milliarden Euro Steuergeld sinnlos verpulvert worden.) Könnte es sein, dass unsere Regierung die Wahrheiten hinter diesem 20jährigen Krieg besser verstanden hat, als diese Freunde der Soldempfänger? Immerhin führte die Niederlage der Sowjets in Frühjahr 1989 zum Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetreiches und vielleicht auch zur deutschen Wiedervereinigung.

Was die Truppen dieser Willigen im fernen Land für Elend und Verwüstung wirklich

angerichtet haben, werden wir hier unten wohl niemals erfahren! Und es ist auch nicht so, dass nur die Drahtzieher in Washington oder Berlin für die dortigen Mordereien und Räubereien verantwortlich sind. Schuld sind alle, die diese Politik immer wieder gewählt haben und sie stützten! Verantwortlich ist auch jeder einzelne Soldat, der sich für diese Mission hat kaufen lassen, egal, welcher Waffengattung oder Spezialeinheit er angehörte: Er musste nicht dorthin! Sein Einsatz war freiwillig und er nahm Geld dafür! Dies gilt ebenso für die 3300 BRD-Armeeangehörigen, die derzeit in den anderen 20 Einsatzgebieten dieser Welt „dienen“! Jeder Soldat, jeder Polizist, jeder „Helfer“ ist persönlich für seine Entscheidung verantwortlich und kann sich bis in alle Ewigkeit nicht auf einen „Befehlsnotstand“ zurückziehen. Wissen ist eine Holschuld! Und heute kann jedermann wissen, was wirklich vorgeht; insbesondere Angehörige der bewaffneten Organe.

Und niemand aus unserem Volk sollte der Naivität anheimfallen, dass „Polizeieinsätze“ zur Durchsetzung von Staatsdoktrinen, früher, wie heute, ob von Soldaten oder Polizisten ausgeführt, ob im Ausland oder in der Heimat, irgendeine Legitimität haben könnten.

Legitim für Gewaltanwendung sind ausschließlich Selbstverteidigung und Verteidigung der Naturrechte.

Christian F. Schultze, Stadtrat

5G-Mobilfunk – Fortschritt auf Kosten der Gesundheit?

Im Zusammenhang zur Pilotprojektvorstellung am 14.07.2021 „Digitale Baustelle Hoyerswerda“, wurde die Aufmerksamkeit auf die Perspektive 5G auch in Hoyerswerda favorisiert. Leider wurden eventuelle gesundheitliche Schäden in keiner Weise beleuchtet. Im Gegenteil, Dokumente von Wissenschaftlern wurden seitens des Oberbürgermeisters als unwahr bezeichnet.

Eilantrag ASP Landkreis Bautzen

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, den vorhandenen Tierseuchenkrisenplan gemäß dem Sächsischen Ausführungsgesetz zum Tiergesundheitsgesetz unter Berücksichtigung folgender Aspekte baldmöglichst zu aktualisieren:

1. Große Beutegreifer und Raubvögel müssen bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) berücksichtigt werden. Die Entnahme dieser möglichen Überträger wird aufgenommen. Dabei werden Füchse, Wölfe und Raben prioritär behandelt.
2. Mit der Kreisjägerschaft und dem Kreisbauernverband ist unter Leitung des Veterinäramtes und des Landrates ein Krisenstab zu gründen, der alle erforderlichen Maßnahmen koordiniert.
3. Die Umzäunung des Gefährdeten Gebietes hat sich als unwirksam erwiesen. Bisher sind ca. 2,2 Mio € geflossen, weitere 6 Mio € sind geplant. Die politischen Verantwortlichen des Kreises haben auf das betreffende Landesministerium dahingehend einzuwirken, dass die Mittel effizienter gegen alle Überträger einzusetzen sind.

Begründung:

Die Ausbreitungsdynamik der Afrikanischen Schweinepest (ASP) ist ungebrochen, mittlerweile hat sie den Kreis Bautzen erreicht. Die wirtschaftliche Existenz der Schweinezuchtbetriebe mit insgesamt 80.000 Schweinen ist mehr als bedroht.

Deshalb müssen alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Seuche zu stoppen.

*Henry Nitzsche
Vorsitzender der AfD-Fraktion
im Kreistag Bautzen*

Pulsnitzer Haushalt 2021 – Dritter Akt

Nachdem der Haushaltsplan 2021 bereits Gegenstand der Tagesordnungen von April- und Mai-Sitzung war, hat der Stadtrat in seiner 24. Sitzung am 15.07.2021 erneut über die Haushalt-Satzung 2021 beschlossen. Wegen fehlerhafter Offenlage waren auf Veranlassung der Rechtsaufsicht Offenlage und Beschluss zu wiederholen. Der Beschluss kam mit 9 Ja- und 5 Nein-Stimmen zustande.

Im April hatte die Bürgermeisterin den Haushaltsplanentwurf zurückgezogen. Festgelegt war, diesen unter Berücksichtigung der Änderungsanträge von CDU und AfD zu überarbeiten und neu einzureichen. Das war unterblieben. Daher hatte der Stadtrat in der Mai-Sitzung Sperren von ca. 500 T€ beschlossen und die Verwaltung beauftragt, bis zur nächsten Haushaltsklausur Konsolidierungsvorschläge vorzulegen. Diese Beschlüsse begrüßen wir; sie entsprechen unseren Änderungsanträgen. Die Sperren dienen der Kostenkontrolle und Budgetverantwortung; sie sind jedoch nur Korrekturen, die den unausgeglichenen Haushalt heilen sowie einen Haushalts-Beschluss und dessen Genehmigung ermöglichen sollen. Ohne genehmigten Haushalt befindet sich die Stadt in vorläufiger Haushaltsführung und ist nur sehr eingeschränkt handlungsfähig.

Ein erster Bericht der Verwaltung zur Unterbrechung der Sperren stimmt zuversichtlich. Am beschlossenen Haushaltsplan selbst ändert sich jedoch nichts – er ist unverändert hoch defizitär. Das Grundproblem wurde nicht nur nicht in Angriff genommen, sondern mit dem vorgelegten Plan noch ausgeweitet.

Das ordentliche Ergebnis weist unverändert ein Defizit von 1.055.600 Euro und bis 2024 ähnlich hohe Fehlbeträge aus. Spä-

testens 2024 sind die Reserven von aktuell 4,1 Mio. Euro aufgebraucht. Die laufende Verwaltung ist grundsätzlich zu teuer - aktuell um ca. 550 T€ zzgl. 216 T€ für Zins und Tilgung für Kredite in Höhe von 6,1 Mio. Euro. Es sollen 4 neue Stellen geschaffen werden. Die laufende Verwaltung verbraucht die Rücklagen, die für Investitionen fehlen. Sind diese aufgezehrt - laut Plan spätestens in 2024 - ist auch die laufende Verwaltung nicht mehr finanzierbar.

Genaugenommen wurde mit dem Haushaltsplan die planmäßige Insolvenz (Konsolidierung) spätestens in 2024 beschlossen. Dem konnten wir als AfD-Fraktion nicht zustimmen. Es handelt sich schließlich nicht um das private Geld von Bürgermeisterin, Verwaltung oder Stadtrat, sondern um das Steuergeld der Bürger, das wirtschaftlich und sparsam einzusetzen ist.

Der Stadtrat hat ebenfalls mehrheitlich auf unseren Antrag hin eine konsequente Kostenkontrolle und Prüfung von Einsparpotential bei der Rathausanierung beschlossen. Gegenüber Stadtrat und Technischem Ausschuss ist jeweils vor Ausschreibung der Lose über den aktuellen Stand zu berichten. Mit Blick auf den angespannten Haushalt und die z.T. erheblichen Preissteigerungen in der Baubranche ist das unerlässlich, um das vom Stadtrat festgelegte Budget von 5,093 Mio. Euro einzuhalten, im besten Fall zu unterschreiten und damit den Haushalt zu entlasten.

Für Verärgerung unter den Räten sorgte die falsche Tatsachenbehauptung durch Stadtrat Herrn Schäfer, FDP-Fraktion, in der SZ vom 12.07.2021.

*Dr. Frank Hannawald
Stadtrat in Pulsnitz*

Konservative Sachpolitik siegt

„Ich begrüße den öffentlichen Brief von Landrat Harig zum Thema „Dreibein Wolf“. (SZ vom 6.7.2021) Einmal mehr zeigt sich, dass konservative Sachpolitik möglich ist. Das Thema Wolf wird auch weiterhin im politischen Diskurs stehen. Hier sind zukünftig fachliche Lösungen gefordert.“ Dies erklärt Timo Schreyer, Abgeordneter der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

„Kranke und verletzte Wölfe müssen der Natur entnommen werden, da sie sonst Menschen angreifen, so wie das der Dreibein-Wolf getätigt hat. Darauf verwies ich in meiner Kleinen Anfrage Drs. 7/6577 und im Artikel der SZ vom 02.07.2021: „Dreibeiniger Wolf im Heide-land gesichtet“.

Der Wolf ist nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie „streng geschützt“. Jedoch darf ein Problemwolf nach der FFH-Richtlinie 173

im Artikel 16 als Ausnahme der Natur entnommen werden. Viele Länder nehmen von diesem Artikel gebrauch. Die Bürgermeister und Landräte stehen in der Pflicht, dieses durchzusetzen, um die Sicherheit für Mensch und Tier wieder herzustellen. Eine Entnahme erfolgte schon in Brandenburg und ist daher ein gutes Beispiel.“



Timo Schreyer, MdL



VERANSTALTUNGEN

Karsten Hilse



Di 10.08.21 19.00 Uhr

Gaststätte Zur guten Laune, **Lömischau**, Lindenweg 9, 02694 Malschwitz
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

Mi 11.08.21 18.00 Uhr

Gasthaus am Kirchplatz, Kirchplatz 10, **Großpostwitz**
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

Do 12.08.21 18.00 Uhr

Alleerestaurant, Bautzener Allee 1B, **Hoyerswerda**
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

Mo 16.08.21 18.00-20.00 Uhr

Marktplatz, Hauptstr. 1, **Radeberg**
AfD zum Anfassen – Bürgerabend mit offenem Mikrofon mit den MdB's Nicole Höchst und Karsten Hilse

Sa 21.08.21 13.00-15.00 Uhr

Bürgerbüro, Dresdner Str. 7, **Radeberg**
BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Kandidat zur BTW

Mo 23.08.21 19.00 Uhr

Residence-Hotel **Bautzen**, Wilthener Straße 32
AfD - Programm mit den MdB's Nicole Höchst und Karsten Hilse

Di 24.08.21 19.00-21.00 Uhr

Laubusch - Kulturhaus - Hauptstrasse 10 Lauta
Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

Mi 25.08.21 19.00 Uhr

Bautzen - Kornmarkt
Tino Chrupalla, Karsten Hilse, Jörg Urban, Henry Nitzsche

Do 26.08.21 19.00 Uhr

Blaue Kugel, Hauptstr. 97, **Cunewalde**
AfD - Programm mit Karsten Hilse und Jörg Urban

Mo 30.08.21 19.00 Uhr

WAIKIKI - Sport - **Königswartha**
Karsten Hilse - AfD-Programm - Was die AfD wirklich will!

Di 31.08.21 19.00 Uhr

Häusler-Schenke **Rachlau** 52
Karsten Hilse - AfD-Programm - Was die AfD wirklich will!

Do 02.09.21 19.00 Uhr

Sachsenkrone, Poststr. 1B, 01896 **Ohorn**
Karsten Hilse - AfD-Programm - Was die AfD wirklich will!

Do 09.09.21 18.30 Uhr

Hotel Stadt Königsbrück, Weißbacher Str. 20-22, **Königsbrück**
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm – Was die AfD wirklich will!